



AFRIKA/MALI - Japan schließt Botschaft in Bamako: keine ausdrückliche Bedrohung von Ausländern bekannt

Bamako (Fidesdienst) – „Die Schließung der japanischen Botschaft in Bamako ist eine Vorsichtsmaßnahme nach dem terroristischen Attentat in Algerien, bei dem mehrere japanische Staatsbürger ums Leben kamen, doch soweit wir wissen wurden keine spezifischen Drohungen gegen ausländische Staatsbürger in der Hauptstadt ausgesprochen“, so der Generalsekretär der Bischofskonferenz von Mali, Pfarrer Edmond Dembele, zum Fidesdienst in einem Kommentar zu dem Beschluss der heute von der Regierung in Tokio angekündigt wurde. Unterdessen setzen französische Soldaten die militärischen Operationen gegen islamistische Gruppen im Norden von Mali fort. Gestern bombardierte die französische Luftwaffe Niederlassungen der Rebellen in Timbuktu. Unterdessen berichtet die internationale Presse von Gewalt gegen Touareg in den von der malischen Armee zurückeroberten Städten. „Die einheimischen Medien berichteten nicht darüber. Der Oberbefehlshaber der malischen Armee bekräftigte unterdessen es handle sich dabei um Nachrichten, die noch nicht überprüft worden seien und versprach Aufklärung und die eventuelle Bestrafung der Verantwortlichen“, so Pfarrer Dembele. „Die Behörden appellieren unterdessen an Soldaten und Zivilisten, die Bevölkerung des Nordens (darunter auch Touareg) nicht mit Mitgliedern der Guerillagruppen zu verwechseln“.

Nach der Eroberung der Städte im Norden des Landes durch islamistische Gruppen im März 2012 hatten Zivilisten im Süden Malis verschiedene bewaffnete Milizen gebildet. „Diese Milizen, insbesondere zwei, rekrutieren junge Männer und bilden sie für den Kampf aus, doch so weit ich weiß, sind sie nicht an den jüngsten Gefechten beteiligt“, so Pfarrer Dembele. „Auf der anderen Seite haben die Behörden sie auch nicht dazu bemächtigt, offen und offiziell zu agieren“, so der Priester abschließend. (LM) (Fidesdienst, 23/01/2013)